Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Stadtentwicklung, Stadtplanung		Drucksachen-Nr. 759/2000
		☒ Öffentlich
		☐ Nicht öffentlich
Beschlussvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Planungsausschuss	30.11.2000	Beratung
Rat	14.12.2000	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 1342 - Nußbaumer Wiese -, 1. Vereinfachte Änderung - Beschluss als Satzung

Beschlussvorschlag

- I. In der textlichen Festsetzung Nr. 5, Maßnahme 5 wird Satz 2 durch folgende Formulierung ersetzt: „Die Baumscheibe ist in einem Durchmesser von 4 m anzulegen, mit Bodendeckern zu bepflanzen und vor Befahrbarkeit zu schützen.“

- II. Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 1342 – Nußbaumer Wiese – 1. Vereinfachte Änderung wird gemäß § 10 Baugesetzbuch und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen und die Begründung nach § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch dazu.

Sachdarstellung / Begründung

Zu I.

Unterschiedliche Formulierungen in der textlichen Festsetzung Nr. 5 Maßnahme 5 und in § S 3 Abs. 1 Maßnahme 5 des Durchführungsvertrages zum Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 1342 – Nußbaumer Wiese – haben bei der Konkretisierung der Planung zu Irritationen geführt. Nach Abstimmung zwischen Vorhabenträger und Verwaltung wird daher vorgeschlagen, die textliche Festsetzung in ihrer Formulierung dem Durchführungsvertrag anzupassen.

Zu II.

Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 1342 – Nußbaumer Wiese – 1. Vereinfachte Änderung wurde im Planungsausschuss am 24.08.2000 unter Verzicht auf eine frühzeitige Bürgerbeteiligung zur Offenlage beschlossen. Der Plan lag in der Zeit vom 18.09. – 20.10.2000 öffentlich aus. Die Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 4 Abs. 1 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung beteiligt.

Während der öffentlichen Auslegung wurden aus der Bürgerschaft keine Anregungen vorgebracht. Von Trägern öffentlicher Belange ging nur eine Stellungnahme ein. In der Sammelstellungnahme des Rhein.-Berg. Kreises werden aus Sicht der Unteren Landschaftsbehörde, des Artenschutzes sowie aus polizeilicher und verkehrsrechtlicher Sicht keine Bedenken gegen die Planung vorgebracht.

Das Amt für Gesundheitsdienste des Rhein.-Berg. Kreises erneuert seine Bedenken, die bereits im Aufstellungsverfahren zum Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 1342 – Nußbaumer Wiese – vorgebracht wurden. Die Nußbaumer Straße sowie die Neue Nußbaumer Straße seien bereits heute überlastet, die Lärm- und Abgasimmissionen seien nicht mehr akzeptabel. Diese Bedenken sind bereits im Satzungsbeschluss zum VEP abgewogen worden. Die Zahl der Fahrzeuge auf der Nußbaumer Straße von 3.200 täglich erhöht sich durch die Bebauung im Plangebiet nur geringfügig. Hinzu kommt, dass die zu beschließende Änderung des Planes zu einer Reduzierung der Bebauungsmöglichkeiten im Plangebiet führt. Eine erneute Abwägung der Bedenken des Amtes für Gesundheitsdienste im Rahmen des Verfahrens zur 1. Änderung ist nicht erforderlich.

Kopien der Stellungnahme des Rhein.-Berg. Kreises sind den Fraktionen zugegangen. Das Original kann bei Fachbereich 6-610 eingesehen werden.

Mit der 1. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 1342 – Nußbaumer Wiese – wird ein Fußweg zwischen der Planstraße (Verlängerung Nußbaumer Wiese) und seiner Fortsetzung über das Plangebiet Bebauungsplan Nr. 1441 – Gartencenter Nußbaumer Straße – zur Nußbaumer Straße planungsrechtlich gesichert. Der Fußweg soll über die Eintragung einer Grunddienstbarkeit (Gehrecht für die Allgemeinheit) für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Eine Änderung des Durchführungsvertrages ist nicht erforderlich.

Anlagen

- unmaßstäbliche Verkleinerung des Bebauungsplanentwurfes
- Textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan
- Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB